

SPD Kreistagsfraktion
über Juso-Vollversammlung und UB-Vorstand

Lüneburg, den 05. März 2010

Antrag des Juso-Vorstands im Unterbezirk Lüneburg

Die Juso-Vollversammlung möge folgendes beschließen:

Dieser Antrag wird an den Unterbezirksvorstand weitergeleitet mit der Bitte um Zustimmung und Weiterleitung an die Kreistagsfraktion. Die SPD-Kreistagsfraktion soll darauf hinwirken, dass der Landkreis Lüneburg, ggf. in Kooperation mit der Stadt Lüneburg und den anderen kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden, einen „Beauftragten gegen Rechtsextremismus“ einsetzt.

Begründung:

Die Zahl der Rechtsextremen nimmt immer weiter zu. Die rechtsgerichteten Parteien profilieren sich auch bei uns vor Ort immer mehr, so dass z.B. Christian Berisha, der der Bundestagskandidat der NPD war, im Lüneburger Kreistag sitzt und sich die Landesgeschäftsstelle der NPD in Amelinghausen befindet. Zudem steigt die Zahl rechtsextremer Straftaten stetig. So auch im Bereich der Polizeiinspektion Lüneburg: von 25 im ersten Halbjahr 2008 auf 72 in den ersten sechs Monaten 2009. Studien zeigen außerdem: Rechtsextremismus ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Rechtsextremistische Haltungen sind in allen Bereichen des Lebens vorhanden. Nicht zu unterschätzen ist dabei beispielsweise auch rechtsextremistisches und fremdenfeindliches Gedankengut im öffentlichen Dienst, d.h. in den Verwaltungen, Schulen, Jugend- und Sozialeinrichtungen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Dieser Entwicklung muss vor Ort aktiv entgegengewirkt werden, denn in den Kommunen entscheidet sich, wie es gelingt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zurückzudrängen. Einen großen Schritt in diese Richtung bei uns im Landkreis Lüneburg sehen wir in Form eines „Beauftragten gegen Rechtsextremismus“.

Der Beauftragte gegen Rechtsextremismus soll Ansprechpartner für Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der anderen Verwaltungen im Landkreis, Jugend- und Sozialeinrichtungen, Schulen, Polizei, Initiativen der Zivilgesellschaft und auch der Bürger sein. Jeder kann sich mit seinem Anliegen unkompliziert und unbürokratisch an ihn wenden. Beispielsweise stehen Arbeitgeber und Kollegen oftmals einer kritischen Auseinandersetzung mit einem rechtsext-

remem Kollegen hilflos und mutlos gegenüber. Folge ist, dass bewusst weggesehen und das Problem verdrängt wird. Hier gilt es für den Beauftragten gegen Rechtsextremismus beratend und vermittelnd zur Seite zu stehen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist auch die Zusammenarbeit mit Schulen und Lehrern. Lehrer sind oft überfordert, einer rechten Entwicklung unter den Jugendlichen entgegen zu wirken. Somit ist es der Beauftragte gegen Rechtsextremismus, der sich die Problematik anschaut und zur Lösung beiträgt.

Einiges an Aufklärungsarbeit, z.B. durch Ausstellungen und Vorträge, wird bereits von Polizei und Verfassungsschutz geleistet. In unseren Augen reicht dies allerdings nicht aus. Viele Schüler (aber auch Erwachsene!), die nach Rechts tendieren, haben nur wenig Hintergrundwissen und können sich in der heutigen Zeit die Form der Menschenverachtung im Dritten Reich mit einem bloßen Schulbuch gar nicht vor Augen führen. Ein Beauftragter für Rechtsextremismus soll auch eine Schnittstelle sein, um Lehrern, Schulen und anderen Bildungs-, Jugend- und Sozialeinrichtungen die Arbeit zu erleichtern. Er lädt in Kooperation mit diesen Einrichtungen Zeitzeugen ein, organisiert Stadt- und Dorfführungen zum Thema Nationalsozialismus, KZ-Besuche, u.v.m.

Genauso ist auf die Taktiken der NPD vorzubereiten. Denn nur wer dieses Wissen hat, kann sich davor schützen. So sollte der Beauftragte auch informieren, wie die „neuen Rechten“ vorgehen. (Beispiel: Die Problematik, dass Rechte neuerdings Symbole der Linken verwenden und somit auf den ersten Blick nur noch schwer als „rechts“ zu erkennen sind).

Der Beauftragte gegen Rechtsextremismus muss vor Ort aktiv mitarbeiten. Vorhandene Netzwerke im Landkreis Lüneburg im „Bündnis für Demokratie“ und beim Verfassungsschutz sollen aktiv für die Arbeit genutzt und ausgebaut werden. Es zählt zu seinen Aufgaben, öffentliche Verwaltungen, Polizei, Jugend- und Sozialeinrichtungen, Schulen, Bildungseinrichtungen und Initiativen der Zivilgesellschaft stärker zu vernetzen, damit Rechtsextreme keinen Raum finden, um ihre Parolen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen!

An dieser Stelle können noch etliche mögliche Tätigkeitsfelder eines Beauftragten gegen Rechtsextremismus folgen. Wir denken aber, dass an diesen wenigen genannten Problem- und Aufgabenfeldern bereits erkennbar ist, wie wichtig ein Beauftragter gegen Rechtsextremismus bei uns vor Ort ist und was für ein großes Potenzial in der Präventions- und Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus steckt.

Der Juso Vorstand im Unterbezirk Lüneburg

Eva Köhler, Ansgar Gräntzdörffer, Kamila Pienkos, Christopher Wagner, Meike Völker

Unterbezirk Lüneburg
Auf dem Meere 14-15
21335 Lüneburg

Telefon: 04131/ 3 31 18
Telefax: 04131/ 3 31 04
E-Mail: lueneburg@spd.de
www.spd-kreis-lueneburg.de

Jusos Lüneburg
Eva Köhler
Telefon: 0160/ 928 301 65
E-Mail: evakoehler@gmx.de

